

Die Wachstums- initiative aus Sicht der digitalen Wirtschaft

Auf einen Blick

Wachstumsinitiative

Ausgangslage

Der Standort Deutschland bleibt derzeit klar unter seinen Möglichkeiten. Fachkräftemangel, hoher bürokratischer Aufwand und fehlende Investitionsanreize hemmen Unternehmen in ihrem Wachstum.

Bitkom-Bewertung

Auch wenn die Wachstumsinitiative¹ allein keinen Turnaround auslösen wird, findet sie doch überaus sinnvolle Antworten auf reale Probleme der Unternehmen im Land. Das Paket aus 49 Maßnahmen beweist, dass die Regierungskoalition auch im letzten Viertel der Legislaturperiode in der Lage ist, drängende Themen zu adressieren. Soweit die Vorhaben für den Bitkom und seine Unternehmen unmittelbar relevante Bereiche betreffen, sind bei einer zügigen Umsetzung positive Effekte zu erwarten.

Das Wichtigste

Besonders hilfreich und daher prioritär umzusetzen sind aus unserer Sicht:

- die Ausweitung der Forschungszulage (2.),
- die Verstetigung des Bürokratieabbaus (12.),
- die Reduktion datenschutzrechtlicher Anforderungen (13.),
- die pragmatische Umsetzung der Lieferkettensorgfaltspflicht (15.),
- die Stärkung der Fachkräfteeinwanderung (26.),
- die Mobilisierung von Wagniskapital (29.) und
- die Beschleunigung des Zukunftsfonds (33.).

Es bleibt aber noch Verbesserungspotential. Die Dringlichkeit der Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft spiegelt sich insgesamt zu wenig in den Maßnahmen wider. In der Zusammenstellung fällt auf, dass es sich teils um neue Ideen und Vorhaben, teils aber auch um bereits bekannte Pläne oder bloße Absichtserklärungen handelt. Einige Punkte sind untereinander redundant. Als Maßnahme Nummer 50 hätte der „Digitalpakt 2.0“ für digitale Bildung die Wachstumsinitiative gut abgerundet.

Wir haben die Maßnahmen mit besonderer Bedeutung für die Bitkom-Unternehmen nachfolgend im Detail eingeordnet und kommentiert. Damit wollen wir eine ambitionierte Umsetzung anregen.

¹ [Wachstumsinitiative auf der Seite der Bundesregierung](#)

I. Wettbewerbsfähigkeit stärken: Investitionen anreizen, Rahmenbedingungen verbessern

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
1.	Abschreibungsbedingungen verbessern	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verlängerung degressiver Abschreibungen bis 2028, Anhebung des Satzes von 20% auf 25% ■ Reform der Sammelabschreibung, Einstieg in die Pool-Abschreibung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Für einen stärkeren Wachstums- und Transformationsimpuls empfehlen wir eine Superabschreibung für Digitalinvestitionen in Höhe von 175%. Frankreich und Italien sind hier Vorbilder. Superabschreibungen sind im Koalitionsvertrag vorgesehen.
2.	Forschungszulage ausweiten	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anhebung der Bemessungsgrundlage auf 12 Millionen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Blinder Fleck der Forschungsförderung wird behoben. KMUs, die in F&I investieren, profitieren.
6.	Baukosten senken und Wohnungsneubau stärken	<ul style="list-style-type: none"> ■ u. a. Beschleunigung und Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, sowie digitale Bauanträge 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Es fehlt ein Anreizsystem für BIM (Building Information Modelling). ■ Bei der Digitalisierung von Verfahren sollten medienbruchfreie Online-Formulare und komplett digitale Bebauungspläne das Ziel sein.
7.	KI-Rechenzentren ausbauen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Netzanschluss von Rechenzentren ■ Zugang für Startups und Forschung zu High-Performance-Computing-Kapazitäten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Es ist hilfreich, dass das Problem intransparenter Netzkapazitäten gelöst werden soll. Hohe Energiekosten sowie die nicht praxistauglichen Standards des Energieeffizienzgesetzes bleiben als massive Standortnachteile für Rechenzentren in Deutschland dennoch bestehen. ■ KI-Startups und KMU brauchen unkomplizierten Zugang zu HPC, um im globalen Wettbewerb eine Chance zu haben. Eine Präzisierung, ob die Maßnahmen über das EuroHPC Joint Undertaking hinausgehen, wäre wünschenswert. ■ Wir empfehlen, von Anfang an alle KI-tauglichen Supercomputing-Kapazitäten auf industrielle Anforderungen zu definieren sowie Wettbewerbsfähigkeit gegenüber kommerziellen Angeboten sicherzustellen.

II. Unternehmerische Dynamik stärken: Unnötige Bürokratie abbauen

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
12.	Bürokratie weiter abbauen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jährliches Bürokratieentlastungsgesetz ■ Abschaffung weiterer Schriftformerfordernisse ■ Praxischecks in allen Ressorts ■ Abbau von Nachweis- und Berichtspflichten ■ Online-Bürokratieentlastungsportal mit Vorschlagsfunktion 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Dass alle Ressorts die Maßnahmen umsetzen müssen, Bürokratieentlastung eine kontinuierliche Aufgabe wird und Praxischecks ausgeweitet werden, entspricht unseren Forderungen. ■ Darüber hinaus ist wichtig, <ul style="list-style-type: none"> ■ dass Ziele zum Bürokratieabbau transparent und überprüfbar sind. ■ unnötige Bürokratie gar nicht erst entsteht. Es braucht systematische Stakeholder-Beteiligung bei der Gesetzgebung. ■ dass Bundes- und Landesrecht stärker harmonisiert werden. ■ dass der Normenkontrollrat mit Ressourcen ausgestattet wird, um seine Aufgaben gut zu erfüllen. ■ Die Weiterentwicklung der BundID zur DeutschlandID, der Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für digitale Verwaltungsdienste und das Nationale Once-Only-Technical-System beschleunigen nicht nur die Verwaltungsdigitalisierung, sondern würden Bürokratie weiter abbauen. ■ Anwendungen für eine verbesserte Datenverfügbarkeit in der Verwaltung, Plattformen für eine ressortübergreifende technische Infrastruktur für Datenanalyse- und KI-Anwendungen und die Datenlabore in den Bundesministerien sollten verstetigt und langfristig finanziert werden, da sie eine Investition in die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung und weniger Bürokratie sind.

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
13.	Anwendung datenschutzrechtlicher Anforderungen reduzieren	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zuständigkeiten in der Aufsicht bei einzelnen Ländern konzentrieren ■ Bundesweite Vereinheitlichung des Datenschutzrechts über die Datenschutzkonferenz (DSK) ■ Datenschutzbeauftragter in Unternehmen ab 50 statt 20 Beschäftigten ■ Vereinfachung DSGVO; EU-Harmonisierung ■ Vereinfachung internationaler Datentransfers 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Eine gemeinsame Geschäftsstelle innerhalb der DSK könnte wesentlich zur Harmonisierung beitragen. ■ Durch die Erhöhung der Schwelle zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten wird der Compliance-Aufwand in kleineren Unternehmen deutlich verringert. ■ Wir fordern weiterhin eine gestärkte Position des Bundesbeauftragten für den Datenschutz als Vertreter im EDSA und damit als einheitliche Anlaufstelle für den Datenschutz in Deutschland.
14.	Europäische Bürokratielasten begrenzen und Beschleunigungspotenziale nutzen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vermeidung überschießender nationaler Umsetzung von EU-Richtlinien. ■ Anpassung deutschen Rechts an den Net Zero Industry Act (NZIA) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Wir setzen uns seit längerem gegen „Gold-Plating“ und für eine harmonisierte Umsetzung von europäischen Gesetzen ein. ■ Nationale Alleingänge in der Gesetzgebung sollten vermieden werden, wenn bekannt ist, dass auf EU-Ebene eine Regulierung geplant ist.
15.	Lieferkettensorgfaltspflicht pragmatisch umsetzen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), sodass es so bürokratiearm wie möglich die Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) umsetzt. Im Ergebnis weniger Unternehmen betroffen. ■ Corporate-Sustainability-Reporting-Directive-Berichte (CSRD-Berichte) ersetzen LkSG-Berichte. Keine LkSG-Sanktionierung im Jahr 2024. ■ Standards für Informationsabfrage entlang der Lieferkette 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Im Ergebnis deutlich geringerer Aufwand für betroffene Unternehmen durch Vermeidung doppelter Berichtspflichten.

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
16.	Steuerrecht vereinfachen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorschläge der Expertenkommissionen „Vereinfachte Unternehmenssteuer“ und „Bürgernahe Einkommensteuer“ prüfen und bei positivem Ergebnis noch in diesem Jahr in einem Gesetzesvorhaben umsetzen. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Die deutsche Steuerkomplexität ist im internationalen Vergleich hoch. Detailbewertung vorbehaltlich der Empfehlungen der Expertenkommission. Unsere Vorschläge: <ul style="list-style-type: none"> ■ Radikale Vereinfachung von Besteuerung und Verfahren für Startups in den ersten zwei Jahren nach Gründung. ■ Weitere Entbürokratisierung der Unternehmenssteuer. Chancen der Digitalisierung für Steuererklärungs- und Steuerbürokratie nutzen. Datenaustausch sollte digital erfolgen.
18.	Vergaberecht vereinfachen und Tariftreue stärken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vereinfachung, Beschleunigung und Digitalisierung des Vergaberechts, weniger Bürokratieaufwand ■ Gesetzespaket mit Anpassungen aller Ober- und Unterschwellen ■ Substanzielle Erhöhung der Direktauftragsgrenzen ■ Bundestariftreuegesetz soll erlauben, Tarifverträge zur Bedingung bei Ausschreibungen zu machen. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme mit Ausnahme der Tariftreue. ■ Unsere Forderung: Anhebung der Schwellenwerte für Direktaufträge für innovative Lösungen (Hamburger Modell), sowie Erleichterungen bei Anforderungen an Referenzen. Anhebungen der Schwellenwerte brauchen dennoch einen klaren regulatorischen Rahmen, der Bitkom unterstützt die Allianz für Vergaberecht des BDI. ■ Der Bürokratieaufwand ließe sich durch eine bundesweite Präqualifizierungswebsite weiter absenken. ■ Wichtig ist, dass in Hinblick auf Tariftreue auch die negative Koalitionsfreiheit respektiert wird. Unternehmen in der Mitbestimmung mit starken (Konzern)-Betriebsräten und entsprechenden Vereinbarungen dürfen nicht von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Tariftreuegesetze in den Ländern haben nicht die gewünschten Effekte erzielt und steigern den bürokratischen Aufwand.

III. Dynamisierung durch bessere Arbeitsanreize und mehr Fachkräfte

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
20.	Mehrarbeit honorieren und Flexibilität ermöglichen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zuschläge für Mehrarbeit werden steuerfrei ■ Anreize zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten ■ Möglichkeit zur Abweichung von Tageshöchst Arbeitszeit ■ Sonderregelungen zur telefonischen Krankschreibung überprüfen. Bürokratiearme Lösung finden 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Neben Mehrarbeit und Ausweitung der Arbeitszeit sollten flexible Arbeitsmodelle (mobiles Arbeiten, Wochenarbeitszeit, Vertrauensarbeitszeit) sowie Investitionen in Infrastruktur und Personal für Kinderbetreuung und Pflege priorisiert werden. ■ Weiterhin sollten Abweichungen von der Ruhezeit möglich gemacht werden, insbesondere was kurzzeitiges Arbeiten betrifft.
21.	Frauenerwerbstätigkeit stärken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Unterstützung der Länder bei der Kinderbetreuung ■ Überführung der Steuerklassenkombination III/IV in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Die Erhöhung des Frauenanteils in der IT-Branche ist dringend notwendig. Maßnahme muss jedoch konkretisiert werden. ■ Wir brauchen mehr Gründerinnen: Stärkung von Kinderbetreuung sowie Vereinbarkeit von Familie und Unternehmertum wichtig. ■ Weiterhin sollten Quereinstieg und Weiterbildung von Frauen nach oder während der Elternzeit, sowie Förderprogramme für eingewanderte Frauen in den Blick genommen werden.
24.	Arbeitsmöglichkeiten und Anreize zur Beschäftigung Älterer ausweiten	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausnahme vom Vorbeschäftigungsverbot im SGB VI ■ Anreize zur Erwerbstätigkeit nach Erreichen der Regelaltersgrenze: Streichung der Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung; Zuschläge für Aufschieben der Rente 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Eine längere Beschäftigung im Alter leistet einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel, wenngleich die Effekte im IT-Sektor nur bescheiden ausfallen werden.

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
26.	Fachkräfteeinwanderung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verlängerung der Bindungsfrist für die Vorabstimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA) ■ Einwanderung in die Zeitarbeit ermöglichen ■ Beschleunigte Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG): Visavergabe, Digitalisierung, Portal „Make it in Germany“ usw. ■ Ausweitung von Migrationspartnerschaften 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Deutschland hat große Defizite bei Visumsverfahren. Beschleunigung und Vereinfachung ist demnach positiv einzuordnen. ■ Umsetzung des FEG muss prioritär behandelt werden. Die Koordinierung der beteiligten Behörden sollte bundeslandübergreifend erfolgen. Dringend notwendig sind gemeinsame Standards und der Ausbau von medienbruchfreien Schnittstellen. ■ Die Ausländerbehörden müssen überdies gestärkt werden, ihre Servicequalität deutlich erhöhen und als Willkommenszentren fungieren.
27.	Steuervorteile Arbeitsaufnahme	<ul style="list-style-type: none"> ■ In den ersten drei Jahren 30%, 20% und 10% des Bruttolohns steuerfrei für neu zugewanderte Fachkräfte 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Fakt ist, dass Deutschland Zuwanderung braucht, um die Fachkräftelücke zu schließen. Steuerrabatte sind ein Pull-Faktor für Talente. ■ Fraglich ist, ob die steuerliche Ungleichbehandlung eine Debatte auslöst, die das übergeordnete Ziel der Fachkräftezuwanderung gefährdet. Dieselben Gelder könnten größere Effekte erzielen, wenn sie in die Digitalisierung der Visumsverfahren (Punkt 26) und die Servicequalität von Ausländerbehörden investiert werden. Hier befinden sich die größten Bottlenecks für Zuwanderung.

IV. Ein leistungsfähiger Finanzstandort für eine starke Wirtschaft

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
29.	Finanzstandort Deutschland stärken, Wagniskapital mobilisieren	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen von VC-Investments ■ Ermöglichung kürzerer und englischsprachiger Prospekte ■ Förderung von Investitionen öffentlicher und privater Kapitalsammelstellen in risikoreiche Anlageklassen wie Infrastruktur oder VC-Projekte (Änderung der Anlage-VO) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Deutsche und europäische Startups sind insbesondere in der späteren Phase zu oft von Kapital aus dem Nicht-EU-Ausland abhängig. ■ Wir setzen uns für die Anpassung der Anlage-VO ein, um institutionellen Investoren Investitionen in VC zu erleichtern und begrüßen die vorgesehenen Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen. ■ Wir setzen uns für Verschlinkung bei Wertpapierprospekten und bessere Bedingungen für Börsengänge ein. Ein beschleunigtes deutsches Verfahren wäre ein Gewinn für Scale-ups, weil sich Gründende so stärker auf das Kerngeschäft konzentrieren können.
30.	Für eine ambitionierte Kapitalmarktunion stark machen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Revitalisierung des Verbriefungsmarkts ■ Entbürokratisierung der Finanzmarktregulierung, ohne den Schutz der Investoren und die Finanzmarktstabilität zu schwächen; Verbesserung der Konvergenz und Effizienz der Aufsicht über Kapitalmärkte in der gesamten EU; Harmonisierung der relevanten Aspekte des Insolvenz-, Vertrags- und Steuerrechts; höhere Attraktivität des Kapitalmarkts für Retail-Kunden 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Für KMU und Startups bleibt der Zugang zu privatem Kapital in Deutschland und Europa weiterhin schwierig. Dies schafft besonders in Wachstumsphasen und bei forschungsintensiven Technologien Abhängigkeiten vom Nicht-EU-Ausland. Die Schaffung einer echten Kapitalmarktunion stärkt Kapitalfluss und -verfügbarkeit in Europa. ■ Wir unterstützen das Streben nach Harmonisierung des Unternehmensinsolvenz-, Vertrags- und Steuerrechts. Diese Reformen haben das Potenzial, die Komplexität und Fragmentierung zu minimieren.
31.	Private Altersvorsorge attraktiver gestalten	<ul style="list-style-type: none"> ■ Förderfähige, zertifizierte Altersvorsorgedepots, die in Fonds oder andere Anlageklassen ohne Beitragserhaltungsgarantie investieren können ■ Stärkung des Produktwettbewerbs durch kostenarmen Wechsel zwischen Produkten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Ein starker und liquider öffentlicher Kapitalmarkt stellt einen attraktiven Exit-Markt dar, kann so europäische Champions beim weiteren Wachstum helfen und stärkt mittelbar auch den VC-Standort. ■ Neben klassischen Finanzprodukten sollten auch Produkte aus dem VC-Bereich mitberücksichtigt und zur Beimischung erlaubt werden. Denkbar sind bspw. Dachfonds, die eine breite Diversifizierung ermöglichen.

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
33.	Zukunftsfonds beschleunigen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Initiative Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland (WIN) für eine stärkere Mobilisierung von privatem Wagniskapital ■ In Abstimmung mit der KfW bis zu 500 Millionen Euro des Zukunftsfonds in den kommenden zwei bis drei Jahren über die bestehenden Cash-Flow-Planungen hinaus vorgezogen investieren ■ KfW Capital um den Markteintritt des Moduls „Direktbeteiligungen“ bis Ende 2024 bitten, Finanzierungslücke bei großvolumigen Finanzierungsrunden von bereits über das Fondsportfolio der sich im Bestand befindlichen Startups in strategisch wichtigen Bereichen schließen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besonders hilfreiche Maßnahme. ■ Wir begrüßen die angestoßene WIN-Initiative und das damit verbundene Ziel, mehr Kapital für den Startup-Standort zu heben. ■ Wir begrüßen das vorgesehene Modul zu Co-Investitionen durch die KfW, um es deutschen Growth-Fonds zu ermöglichen, auch in späteren Runden weiter zu investieren. ■ Die KfW hat in den letzten Jahren ihre Expertise erheblich ausgebaut. Diesen Weg gilt es fortzusetzen, damit die Bewertung von Investitionen und strategische Schlüsseltechnologien gelingt. (Bezieht sich auch auf Maßnahme 4: KfW Instrumentenkasten weiterentwickeln.) ■ Parallel sollte an der Auflegung des Zukunftsfonds 2.0 gearbeitet und weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden.
34.	Exit-Kanäle für Scale-ups stärken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Auf europäischer Ebene, unter Federführung der EIB-Gruppe, sollen Lösungen entwickelt werden, die die Exit-Finanzierung von Scale-ups verbessern. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Weitere Konkretisierung ist notwendig. ■ Exit-Kanäle haben hohe Bedeutung für den Erhalt und weiteren Ausbau des Ökosystems aus Startups und Wagniskapital.
35.	Finanzierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verbesserung der Finanzierungsbedingungen, insbesondere für Startups und innovative KMUs ■ Aktivierung des deutschen Förderbankensystems (u. a. KfW) zur Finanzierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie Ausweitung der Aktivitäten der EIB unter Wahrung ihrer Refinanzierungsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Begrüßenswerte Maßnahme. ■ Die KfW kann mit einem entsprechenden Modul über Co-Investments einen echten Unterschied bewirken. ■ Zwei ergänzende Anmerkungen: <ul style="list-style-type: none"> ■ Zusätzlich helfen würde, wenn mehr private VC-Fonds Investitionen in Verteidigung über ihr Investmentstatut erlauben. ■ Ebenso wichtig wie die Finanzierung sind für Startups Kunden: Die Beschaffung muss sich so vereinfachen, beschleunigen und öffnen, dass das Militär ein attraktiverer Geschäftspartner wird. Das entspricht übergeordneten Sicherheitsinteressen, weil die Kampfkraft davon abhängt, wie schnell zivile Technologien (mit kürzeren Innovationszyklen) in die militärische Anwendung überführt werden.

V. Leistungsfähiger Energiemarkt für die Wirtschaft von morgen

Nr.	Name	Darum geht es	Kommentar
38.	Strompreispaket verstetigen und ausweiten	<ul style="list-style-type: none">■ Stromsteuer soll für im Strompreispaket (SPK) begünstigte Branchen dauerhaft auf das EU-Minimum von 0,05 ct/kWh abgesenkt werden. Verlängerung des SPK bis 2030 (statt 2028)■ Einsatz gegenüber der EU KOM für Erweiterung um andere Branchen.	<ul style="list-style-type: none">■ Begrüßenswerte Maßnahme.■ Die Stromsteuersenkung muss auf IKT-Unternehmen ausgeweitet werden. Dies könnte mit einem klaren Bezug auf den Stromverbrauch der digitalen Infrastruktur erfolgen. Der Stromverbrauch für den Netzbetrieb und Betrieb von Rechenzentren kann von Stromverbräuchen im Querschnitt, wie z. B. der Stromversorgung von Gebäuden, technisch separiert werden. So ist eine gezielte Entlastung für IKT-Unternehmen möglich.

Annex: Einschätzung aller Maßnahmen im Überblick.

- ++ Besonders hilfreich
- + Zu begrüßen
- = keine wesentlichen Effekte erwartet
- n.n. entfällt

Nr.	Name	Bewertung
1.	Abschreibungsbedingungen verbessern	+
2.	Forschungszulage ausweiten	++
3.	Kalte Progression vermeiden	n.n.
4.	KfW-Instrumentenkasten weiterentwickeln	+
5.	E-Mobilitätsstandort stärken	+
6.	Baukosten senken und Wohnungsneubau stärken	+
7.	KI-Rechenzentren ausbauen	+
8.	Filmproduktions- und Games-Standort stärken	+
9.	Nationale Pharmastrategie ambitioniert umsetzen	+
10.	Rohstofffonds aufsetzen	n.n.
11.	Ambitionierte Freihandelsagenda pragmatisch vorantreiben	+
12.	Bürokratie weiter abbauen	++
13.	Anwendung datenschutzrechtlicher Anforderungen reduzieren	++
14.	Europäische Bürokratielasten begrenzen und Beschleunigungspotenziale nutzen	+
15.	Lieferkettensorgfaltspflicht pragmatisch umsetzen	++
16.	Steuerrecht vereinfachen	+
17.	Exportkontrolle beschleunigen	+
18.	Vergaberecht vereinfachen und Tariftreue stärken	+
19.	Kreislaufwirtschaft entfesseln	+
20.	Mehrarbeit honorieren und Flexibilität ermöglichen	+
21.	Frauenerwerbstätigkeit stärken	+
22.	Finanzielle Vorteile der Aufnahme und Ausweitung von Erwerbsarbeit stärken	=
23.	Erwerbsanreize im Bürgergeldbezug stärken	=
24.	Arbeitsmöglichkeiten und Anreize zur Beschäftigung Älterer ausweiten	+

Nr.	Name	Bewertung
25.	Arbeitsmarkt effizient gestalten und Arbeitskräfte in produktive Beschäftigung lenken	=
26.	Fachkräfteeinwanderung vereinfachen, stärken und beschleunigen	++
27.	Arbeitsaufnahme in Deutschland steuerlich begünstigen	+
28.	Hürden bei der Arbeitsaufnahme Geflüchteter abbauen	=
29.	Finanzstandort Deutschland stärken, Wagniskapital mobilisieren	++
30.	Für eine ambitionierte Kapitalmarktunion stark machen	+
31.	Private Altersvorsorge attraktiver gestalten	+
32.	Finanzielle Bildung und Aktienkultur stärken	=
33.	Zukunftsfonds beschleunigen	++
34.	Exit-Kanäle für Scale-ups stärken	+
35.	Finanzierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken	+
36.	Rahmenbedingungen für Spitzenverdiener im Finanzsektor flexibilisieren	=
37.	Neue Rechtsform einführen	+
38.	Strompreispaket verstetigen und ausweiten	+
39.	Potenzial von Stromspeichern nutzen	n.n.
40.	CO ₂ -Speicherung ermöglichen	n.n.
41.	Wasserstoffhochlauf beschleunigen	n.n.
42.	Neues Marktdesign für Kraftwerke, Erneuerbare und Flexibilität priorisieren	n.n.
43.	Ausschreibung von Offshore-Windenergie evaluieren	n.n.
44.	Netzkosten senken	n.n.
45.	Netzausbau staffeln, um Kosten zu senken	n.n.
46.	Gasversorgung sichern und diversifizieren	n.n.
47.	Fusionsenergie fördern	n.n.
48.	Für eine Rückerstattung von CO ₂ -Kosten beim Export einsetzen	n.n.
49.	Dekarbonisierung der Wärmeversorgung voranbringen	n.n.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e. V.
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Fabian Zacharias | Leiter Public Affairs
T 030 275 76-105 | f.zacharias@bitkom.org

Joris Kanowski | Referent Wirtschaftspolitik & Public Affairs
T 030 275 76-297 | j.kanowski@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Public Affairs

Copyright

Bitkom 2024

Diese Publikation stellt eine allgemeine, unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.